

Köln muss anders können!

Köln im Oktober 2024



Wir sehen unsere Stadt in der Krise:

Die Lebensqualität sinkt, vieles stagniert, die Zukunftsfähigkeit schwindet. Die Resignation wächst und bedroht unsere demokratischen Grundlagen.

Denn:

Wichtige Projekte kommen nicht voran.

Wichtige Probleme werden nicht gelöst (Verwaltungsbürokratie, Kulturbauten, ÖPNV, Sauberkeit, Aufwertung des Öffentlichen Raums, Wohnen...).

Entscheidende Entwicklungen für die Zukunft der Stadt (Klima, Verkehr...) werden nicht oder nicht schnell genug eingeleitet.

Gründe aus unserer Sicht:

Unsere Politik

- erzeugt nutz- und folgenlose Beschlussberge;
- steuert und priorisiert nicht genug, was für unsere Stadt wichtig ist und deshalb schnell umgesetzt werden muss und welche Projekte deswegen aufgeschoben werden müssen;
- verschleppt Entscheidungen aus partei- und machttaktischen Motiven;
- entscheidet und handelt nicht parteiübergreifend gemeinsam, wo dies möglich und auch wichtig wäre.

Unsere Verwaltung

erfüllt wichtige Aufgaben nicht in der erforderlichen Qualität, Zeit, Verlässlichkeit und Effizienz

- trotz des Engagements einer großen Mehrheit der Mitarbeiter*innen und Führungskräfte,
- trotz des Versuchs einer Verwaltungsreform, die im Ansatz gezeigt hat, wie gut die Verwaltung sein könnte und welche Wege es dahin gäbe.

Wir wünschen uns einen Wahlkampf der anderen Art:

Statt sich in nicht erfüllbaren Versprechen zu übertreffen, erwarten wir von den demokratischen Parteien, dass sie in ihren Wahlprogrammen klare Aussagen zu den 3 Feldern **(Gesamt)Stadt, Verwaltung und Politik** machen, indem sie die wichtigsten Maßnahmen beschreiben:

- WAS ist jeweils das konkrete Ergebnis?
- WANN kann es umgesetzt sein?
- WOZU ist es gut? Was verbessert sich sofort? Welche Zukunftschancen enthält es?
- WER kontrolliert und bewertet die Wirkung?

Und nach der Wahl wünschen wir uns:

Kein weiter so, sondern einen Neustart! Zum Beispiel durch

- Verzicht auf unerledigte Beschlüsse, die nicht mehr umsetzbar sind;
- Durchfinanzierte Projekte auf Grundlage gemeinsamer von Politik und Stadtvorstand getragener Ziele („Zukunftspakt Köln“);
- Koalitionsverträge auf der Grundlage konkreter Vorhaben statt vager Aussagen über „das Gemeinsame“ und Formelkompromisse
- Statt Klagen der Politik über die Verwaltung (und der Verwaltung über die Politik) eine neue Kultur, in der Politik und Verwaltung kooperativ Lösungen erarbeiten.